

JUSTIZ

1000 Liter pro Stunde

Thomas Middelhoff, ehemals Vorstandsvorsitzender des mittlerweile insolventen Arcandor-Konzerns, hat offenbar auch persönlich Probleme mit Gläubigern. Darauf deuten zwei beim Landgericht Bielefeld anhängige Verfahren hin. Rund 2,7 Millionen Euro will Middelhoffs ehemaliger Vermögensberater Josef Esch per Gericht eintreiben, weil sein Ex-Klient schon seit geraumer Zeit vertraglich vereinbarte Zahlungen nicht geleistet



Middelhoff

habe. Dabei geht es – unter anderem – um die Pacht für eine an der Côte d'Azur liegende Luxusyacht. Middelhoff hatte das 33-Meter-Schiff, Spritverbrauch: 1000 Liter pro Stunde, 2006 für zehn Jahre gemietet – zum Preis von 730 000 Euro pro anno. Der einst als „Big T.“ gefeierte Manager ließ die Vorwürfe über seinen Medienberater zurückweisen: „Herr Dr. Middelhoff hat gegenüber Herrn Esch Forderungen, die um ein Vielfaches höher sind“ als die von Esch geforderte Summe. Der Streit müsse von den „dafür zuständigen Gerichten“ entschieden werden.

DATENSCHUTZ

Kuppelkuckers Spuren

Auf der Homepage des Bundestags wird ein Tracking-Dienst eingesetzt, der offensichtlich gegen Datenschutzrichtlinien verstößt. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar hat deswegen eine Prüfung eingeleitet. Tracking-Dienste werden von Web-Seitenbetreibern benutzt, um Rückschlüsse auf das Surfverhalten der User zu ziehen. Eingesetzt wird die Software nicht nur auf bundestag.de, sondern

auch beim Kinderportal des Bundestags, kuppelkucker.de. In beiden Fällen fehlt in den Datenschutzhinweisen ein entsprechender Vermerk. „Dass Besucher der Bundestagsseite nicht darüber informiert werden, dass ein Tracking-Tool benutzt wird, ist datenschutzrechtlich nicht zulässig“, so Hubertus Gersdorf, sachverständiges Mitglied der Enquetekommission Internet und digitale Gesellschaft. Die Bundestagsverwaltung erklärte, ihr lägen „keine Anhaltspunkte“ dafür vor, dass die derzeit eingesetzte Technik nicht „den gesetzlichen Bestimmungen“ entspreche.

CASTOR-TRANSPORT

Zweifel an Genehmigung

Der für die kommende Woche geplante Castor-Transport nach Gorleben hätte möglicherweise nicht genehmigt werden dürfen. Dies ergibt sich aus einer „Ausarbeitung“ der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags. Grund ist nach Ansicht der Autoren die Unsicherheit, ob durch



Castor-Verladung in Dannenberg

den zusätzlichen Atommüll im Zwischenlager Gorleben Strahlungsgrenzwerte überschritten werden. Messgeräte am Zaun der Anlage hatten bereits im Sommer eine erhöhte Strahlendosis gemessen. Danach hätte der Einlagebetrieb unterbrochen werden müssen. Dennoch hat der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) nach mehreren Kontrollmessungen und Hochrechnungen des TÜV den Transport kürzlich zugelassen. Nach Einschätzung der Wissenschaftlichen Dienste wirkt die Auswertung der Niedersachsen aber „wenig überzeugend“ und „unwissenschaftlich“. So fehle etwa eine „kritische Auseinandersetzung mit Unsicherheiten und Fehlergrenzen“. Die atompolitische Sprecherin der Grünen, Sylvia Kotting-Uhl, die den Dienst um seine Beurteilung gebeten hatte, fordert nun Umweltminister Norbert Röttgen zum Vorgehen gegen Niedersachsen auf: „Er muss den Murks beenden.“